WP-01-K3-1163

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Jan Wiese (KV Konstanz)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 1163 bis 1169:

~~Die Bundeswehr ist ein Grundpfeiler unserer Wehrhaftigkeit. Als fest in die NATO integrierte Armee dient sie der Wahrung von Frieden und Stabilität. Angesichts der veränderten Sicherheitslage in Europa rückt der Kernauftrag der Bundeswehr – die Landes- und Bündnisverteidigung – wieder ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit. Es geht wieder darum, unseren Frieden und unsere Sicherheit im äußersten Notfall auch militärisch verteidigen und potenzielle Aggressoren wirksam abzuschrecken und von Angriffen abzuhalten.~~

- Flächendeckende Ausrüstung mit Drohnen für Schutz, Aufklärung und Kampf:
  Wir setzen und dafür ein, dass alle Teilstreitkräfte mit Drohnensystemen ausgestattet werden, um kritische Infrastruktur zu schützen, Logistik sicherzustellen sowie Gegner aufzuklären und zu bekämpfen.
  Drohnen sind in diesem Zusammenhang kostengünstig und maximieren den Schutz der eigenen Soldat*innen, indem sie risikoreiche Einsätze reduzieren.

  Maschinen können nachgebaut werden, Menschen nicht!

- Umfassende Aufrüstung aller Teilstreitkräfte: Wir wollen die Bundeswehr in die Lage versetzen, einen Angriff, wie er in der Ukraine stattfindet, zusammen mit Bündnispartnern abzuwehren. Dies erfordert eine umfassende Modernisierung sowie zahlenmäßige Aufrüstung aller Teilstreitkräfte. Zudem wollen wir, dass Deutschland einen von den USA, China und Russland unabhängigen Zugang zum Weltraum erhält. Dieser muss zu mit Space-X Preisen vergleichbaren Kosten und Kapazitäten aufwarten können.

- Sukzessive Musterung aller deutschen Staatsbürger unter 66 Jahren:
  Zur Stärkung der nationalen Verteidigungsfähigkeit setzen wir uns dafür ein, dass alle deutschen Bürger*innen unter 66 Jahren (auf eigenen Wunsch auch älter) sukzessive gemustert werden.
  Diese Maßnahme soll sicherstellen, dass die Bevölkerung besser auf potenzielle Krisensituationen vorbereitet ist und die personellen Ressourcen der Landesverteidigung optimal genutzt werden können. Zudem dient sie der Generationengerechtigkeit und wirkt zudem integrierend auf Bevölkerungsteile, die sich ansonsten nicht einmal kennengelernt hätten. Somit setzen wir uns auch für Informationsveranstaltungen der Bundeswehr an Schulen ein.

- Erstellung eines Fähigkeitsregisters:
  Neben der physischen und militärischen Tauglichkeit wollen wir, dass auch die im zivilen Leben erworbene Fähigkeiten systematisch erfasst werden. IT-Expertinnen, medizinisches Personal, Ingenieurinnen und andere Fachkräfte könnten im Krisenfall eine wertvolle Unterstützung leisten. Ein solches Register stellt sicher, dass vorhandenes Wissen und Können gezielt zur Landesverteidigung eingesetzt werden können.

- Strategie zur schrittweisen Wehrertüchtigung:
  Wir setzen und dafür ein, eine langfristige Strategie zu entwickeln, um die wehrfähigen Teile der Bevölkerung schrittweise für den Verteidigungsfall zu ertüchtigen. Dies kann durch regelmäßige Trainings, Übungen und Informationskampagnen erfolgen, die die Bürger*innen auf ihre Rolle in der Landesverteidigung vorbereiten. Die Wehrertüchtigung sollte so gestaltet werden, dass sie die Flexibilität einer modernen Arbeitswelt abbildet, inklusive Remote Learning, Wochenendausbildung, Simulation am eigenen PC, etc. Dieses

gilt auch für einen wiedereinzuführenden Grundwehrdienst für alle GEschlechter, welcher möglichst nahtlos in das zivile Leben integrierbar sein soll. Hier spielt ein flexibilisiertes Personalmanagement eine wichtige Rolle.

• Rüstungspolitik: Modern und unabhängig

Eine effiziente und zukunftsorientierte Rüstungspolitik ist essenziell, um die Bundeswehr nachhaltig auszurüsten und ihre Handlungsfähigkeit in Krisenzeiten sicherzustellen. Dabei stehen folgende Maßnahmen im Vordergrund:

• Vereinfachte Beschaffung im europäischen Markt:
Wir setzen uns dafür ein, die Vergabeprozesse für Rüstungsprojekte zu vereinfachen, um schneller und effizienter auf sicherheitspolitische Anforderungen reagieren zu können. Wo immer möglich soll „Technik von der Stange“ beschafft werden. Der Fokus soll dabei auf der Zusammenarbeit mit europäischen Partnern liegen, um die europäische Verteidigungsindustrie zu stärken und technologische Abhängigkeiten zu reduzieren.

• Fertigungsanlagen in Deutschland bei Großaufträgen:
Großaufträge an europäische Firmen sollen an die Bedingung geknüpft werden, Produktionskapazitäten und -vorhalte in Deutschland zu schaffen. Dies gewährleistet nicht nur die Versorgungssicherheit, sondern stärkt auch die heimische Industrie und schafft Arbeitsplätze. Gleichzeitig erhöht dies die Flexibilität, um im Krisenfall Produktionskapazitäten schnell hochzufahren.

• Aufbau von Kapazitätsvorhalten:
Um langfristige Auseinandersetzungen bestehen zu können, setzen wir uns dafür ein, dass ausreichend Kapazitätsvorhaltungen geschaffen werden. Dies betrifft insbesondere die Produktion und Lagerung von Munition, Ersatz- und Verschleißteilen, Schutzmaterialien und sonstigen militärischen Gütern, um Materialengpässe zu vermeiden.

• Lieferketten mit möglichst wenig außereuropäischen Komponenten:
Wir setzen uns für eine resiliente Rüstungspolitik sein. Diese basiert auf der Sicherung von Lieferketten, die möglichst wenige außereuropäischen Komponenten enthalten. Die Abhängigkeit von Drittstaaten sollte minimiert werden.

Dadurch wird die außenpolitische Autonomie gestärkt und verhindert Schwachstellen in der Versorgung während langanhaltender Konflikte.

Gleichzeitig wird die Europäische Wirtschaft nachhaltig gestärkt.

• Wir sind der Meinung, dass sich eine moderne Rüstungspolitik für Deutschland durch Schnelligkeit, Unabhängigkeit und strategische Planung auszeichnen sollte.

Die enge Zusammenarbeit mit europäischen Partnern und der Aufbau von nationalen Kapazitäten gewährleistet, dass die Bundeswehr jederzeit einsatzbereit ist – auch im Falle eines langwierigen Konflikts. Gleichzeitig ist diese Art der Aufrüstung ein Wirtschafts- und Innovationsförderungsprogramm, da viele wehrtechnische Entwicklungen Dual Use Technologien sind. Dieses ist insbesondere beim kostengünstigen Zugang zum Weltraum der Fall.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass für die zügige Durchführung der oben beschrieben Maßnahmen ein weiteres 100 Milliarden Euro Sonderbudget aufgelegt wird. Gleichzeitig soll die Nutzung, Wartung und Instandhaltung des anzuschaffenden Materials sowie die zusätzlichen personellen Ressourcen sicher und langfristig finanziert werden. Hierfür wollen wir jährlich 3% des BIP reservieren.

Bundeswehr in der Gesellschaft
Als einer der größten Arbeitgeber der Bundesrepublik hat die Bundeswehr eine große gesellschaftliche Verantwortung für alle, die in ihr dienen und dienten. Wir stehen ein für eine Bundeswehr, die die Vielfalt unserer Gesellschaft abbildet und für alle Menschen ein

sicherer Ort ist.

Auch nach dem Ausscheiden aus dem Dienst muss klar sein: Wer bereit war, sein Leben für den Frieden einzusetzen, hat unsere Aufmerksamkeit und Unterstützung verdient. Wir setzen uns dafür ein, dass handfeste Vorteile für gediente Bürger entstehen. Beispielsweise sollen der Erwerb eines Führerscheines oder auch Stipendien zum Erreichen eines Meister- oder Universitätsabschlusses gewährt werden. Diese sollen innerhalb der Familie übertragbar sein, so dass ein Elternteil damit auch den Führerschein oder das Studium des eigenen Kindes fördern kann.

Begründung

Ohne unsere Freiheit ist alles nichts, denn ein*e Angreifer*in wird sich im Falle eines Sieges über unser Land nicht um Klimaschutz, Gleichberechtigung oder Schutz von Meinungsfreiheit kümmern. Deswegen gilt es, die Bundeswehr in die Lage zu versetzen, so glaubhaft stark zu sein, dass niemand einen Angriff wagen möchte.

weitere Antragsteller*innen

Thorsten Braasch (KV Konstanz); Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Christine Lang (KV Hochtaunus); Patrick Schneider (KV Berlin-Pankow); Andrea Treffenstädt (KV Stormarn); Anke Bendt-Soetedjo (KV Hamburg-Bergedorf); Rainer Lagemann (KV Steinfurt); Susanne Zissel (KV Berlin-Spandau); Thomas Keßler (KV Ludwigshafen-Stadt); Robert Levin (KV Osterholz); Gerhard Sauer (KV Berlin-Spandau); Michael Schröder (KV Leipzig); Normen Küttner (KV Konstanz); Reiner Knauer (KV Osterholz); Ursula Eid (KV Esslingen); Florian Opitz (KV Konstanz); Frank Wörner (KV Offenbach-Land); Roland Hoheisel-Gruler (KV Sigmaringen); Mathis Ruben Hoheisel (KV Sigmaringen); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.